

# Niederschrift RAT/014/2011

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Rates der Stadt Rheine  
am 11.10.2011

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

### Mitglieder des Rates:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Frau Hannelore Koschin	SPD	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Elisabeth Lietmeyer	SPD	Ratsmitglied

Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Antonius van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied

**Gäste:**

Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	Geschäftsführer Stadtwerke
Herr Dr. Manfred Janssen	Geschäftsführer EWG
Herr Udo Eggert	Fachbereichsleiter Entwässerung der TBR (ztw.)

**Verwaltung:**

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5 (ztw.)
Herr Bernd Weber	(ab 18:00 Uhr - TOP 10)
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Karl-Heinz Ottenhus	Leiter ÖRP (ztw.)

Herr Günter Strauch

Leiter Projektmanagement (ztw.)

Herr Theo Elfert

Schriftführer

**Entschuldigt fehlt:**

**Mitglied des Rates:**

Herr Siegfried Mau                      BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN    Ratsmitglied

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung erklärt Herr Dewenter, dass die CDU- und FDP-Fraktion ihren gemeinsamen Antrag auf Prüfung einer Sammelklage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 zurückziehen würden, sodass der **TOP 15** abgesetzt werden könne.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass Herr Linke die Fraktionsvorsitzenden vor der Sitzung darauf hingewiesen habe, dass zu **TOP 6** „Übertragung von Geschäftsanteilen der Kloster Bentlage gGmbH“ noch weitergehender Beratungsbedarf bestehe, sodass auch dieser Punkt von der Tagesordnung abzusetzen sei.

Herr Reiske stellt den Antrag, den **TOP 26** „Evaluation Pilotprojekt Monitoring“ in öffentlicher Sitzung zu behandeln, ohne dabei die geschützten Daten aus der Vorlage zu benennen.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, diesen Punkt im Anschluss an TOP 18 – also als TOP 19 neu - zu beraten.

Die Ratsmitglieder stimmen den v. g. Änderungsvorschlägen zur Tagesordnung einstimmig zu.

**Öffentlicher Teil:**

**1.                      Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung am 19.07.2011**

I 0:04:20

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

**2.                      Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 19.07.2011 gefassten Beschlüsse**

I 0:04:35

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

### 3. Informationen

I 0:05:05

Es liegen keine Informationen vor.

### 4. Bestellung des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Rheine Vorlage: 370/11

I 0:05:15

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass Herr Ltd. Kreisrechtsdirektor a. D. Johannes Vogel nach Ablauf der Amtsperiode sein Amt als Vorsitzender des Umlegungsausschusses nach 20-jähriger Amtszeit aus Altersgründen niederlegt. Ebenso steht auch Herr Ltd. Regierungsdirektor a. D. Burkhard Ottmann mit Ablauf der Amtsperiode nicht mehr als stellv. Vorsitzender zur Verfügung.
2. Der Rat der Stadt Rheine bestellt zum
  - a) Vorsitzenden des Umlegungsausschusses  
Herrn Regierungsdirektor Erwin Scheer,  
Am Kämpken 41, 48163 Münster
  - und
  - b) stellv. Vorsitzenden des Umlegungsausschusses  
Herrn Bürgermeister a. D. Franz-Josef Melis,  
Columbusstr. 36, 48607 Ochtrup

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### 5. Beirat für die Berufskollegs in Rheine Vorlage: 347/11

I 0:05:30

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt fasst auf Empfehlung des Schulausschusses folgenden Beschluss:

Es werden seitens der Stadt Rheine in Abstimmung mit den betreffenden Fraktionen für den Beirat der Berufskollegs in Rheine folgende stimmberechtigten Mitglieder entsandt:

Schuldezernent Axel Linke und als Vertreter Werner Lütkemeier  
Ratsmitglied Resi Nagelschmidt und als Vertreterin Ratsmitglied Resi Overesch  
Ratsmitglied Udo Mollen und als Vertreterin Ratsmitglied Ulrike Stockel.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Übertragung von Geschäftsanteilen der Kloster Bentlage gGmbH**  
**Vorlage: 296/11**

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

**7. Kloster Bentlage gGmbH - Bestellung eines persönlichen Vertreters für das Aufsichtsratsmitglied Thomas Kubendorff**  
**Vorlage: 360/11**

I 0:07:20

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, Herrn Dr. Peter Lüttmann als persönlichen Vertreter des Aufsichtsratsmitgliedes Thomas Kubendorff zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Resolution der Stadt Rheine zur Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen**  
**- Antrag der FDP-Fraktion vom 19. Juli 2011**  
**Vorlage: 369/11**

I 0:08:10

Herr Holtel erläutert den Antrag der FDP-Fraktion, mit dem unnötige Belastungen von den Bürgern ferngehalten werden sollten. Die Technischen Betriebe Rheine hätten einen Kompromiss erarbeitet, mit dem die Stadt und auch die Bürger gut leben könnten. Dieser decke sich mit dem Antrag der FDP-Fraktion und im Wesentlichen auch mit den Forderungen der Bürgerinitiative. Insofern bitte er um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Herr Kuhlmann ergänzt, dass die Forderung, eine bundeseinheitliche Regelung herbeizuführen, das maximal Erreichbare sei, was der Rat der Stadt Rheine beschließen könne. Bei der Durchführung des Gesetzes folge die Stadt Rheine guten Beispielen in Nordrhein-Westfalen, indem sie nur in sehr begründeten Fällen Belege über eine Dichtheitsprüfung fordere. Dieser Vorschlag sei bürger- und verwaltungsfreundlich.

Auch die übrigen Fraktionen sprechen sich für eine bundeseinheitliche Gesetzgebung aus, wodurch die Werte des Umweltschutzes nicht verletzt würden.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine fordert den Landtag von Nordrhein-Westfalen auf, die nach § 61 a Absatz 3 und 4 des Landeswassergesetzes (LWG) bestehenden Re-

gelingen zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen aufzuheben bzw. auszusetzen, bis eine bundeseinheitliche Regelung verabschiedet ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Resolution zur Gefährlichkeit von Atomtransporten**  
**Vorlage: 380/11**

I 0:15:15

Nachdem Herr Reiske den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläutert hat, merkt Herr Roscher an, dass er persönlich aufgrund neuerer Erkenntnisse dem Beschlussvorschlag heute zustimmen könne, wobei er davon ausgehe, dass die entsprechenden Informationen bei den Gefahrenabwehrstellen gut aufgehoben seien.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine fordert die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die von einem Transport von radioaktivem Material betroffenen Kommunen rechtzeitig vorab von einem solchen Transport informiert werden, damit diese sich im Bereich der Gefahrenabwehr auf den Transport einstellen können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

**10. Integriertes Handlungskonzept Dorenkamp**  
**Vorlage: 337/11/1**

I 0:17:25

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass es zwischen den Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 13. September 2011 und der heutigen Sitzung des Rates erhebliche Informationstransfers zwischen Verwaltung und Rat gegeben habe, damit der Rat heute zu einer ausgewogenen Entscheidung kommen könne.

Herr Kuhlmann gibt einen aktuellen Sachstandsbericht und hält ein kurzes Plädoyer für das Projekt Dorenkamp 2020. Seine Ausführungen sind als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügt.

Anschließend erläutert Herr Lütkemeier die finanziellen Auswirkungen für das Integrierte Handlungskonzept Dorenkamp anhand einer PowerPoint-Präsentation, die als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügt ist.

Danach erläutert Herr Lütkemeier die Auswirkungen des Integrierten Handlungskonzeptes Dorenkamp auf die finanzielle Lage der Stadt Rheine. Seine Ausführungen hierzu sind als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügt.

Die Stellungnahme der CDU-Fraktion, die als Anlage 4 dieser Niederschrift beigefügt ist, wird durch Herrn Bonk vorgetragen.

Herr Roscher stellt fest, dass er die bisherige Haltung der CDU-Fraktion anders wahrgenommen habe. Ihm sei immer klar gewesen, dass es bei der einen oder anderen Maßnahme im Verlauf des Prozesses sehr wohl Anpassungen geben könnte, wie z. B. dann, wenn die Damloup-Kaserne vom Eigentümer nicht veräußert werden sollte. In dem Falle könnte dieses Areal nicht mehr – wie geplant – gestaltet werden.

Die SPD-Fraktion möchte dem Beschlussvorschlag zustimmen, um die positiven Effekte für den Dorenkamp und damit für die gesamte Stadt Rheine zu nutzen. Von allen Beteiligten gebe es positive Signale. Das Projekt würde ein Abrutschen des Dorenkamps in eine kostenintensivere Situation verhindern.

Natürlich müsse der Stadt daran gelegen sein, durch dieses Projekt nicht in die Haushaltssicherung zu geraten, um weiterhin entscheidungsfähig zu bleiben. Herr Lütke-meier habe in seinen Ausführungen dazu festgestellt, dass er sofort darauf hinweisen würde, wenn sich die finanzielle Situation der Stadt negativ verändern würde. In dem Falle könne der Rat dann immer noch auf die neue finanzielle Situation reagieren. Da diese Möglichkeit bestehe, werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag heute zustimmen, denn sie sei davon überzeugt, dass dieses Projekt, dass den Dorenkamp positiv entwickeln werde, realisierbar sei.

Herr Reiske führt aus, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Umsetzung des Konzeptes "Soziale Stadt Dorenkamp" sei, denn alles andere wäre "unterlassene Hilfeleistung" für einen Stadtteil, der ohne dieses Projekt von der gesamtstädtischen Entwicklung abgehängt würde. Nicht zu unterschätzen seien auch die Auswirkungen für den Mittelstand in Rheine, denn die Investitionen würden ungefähr den 8-fachen Wert auslösen. Durch die Förderung dieser Maßnahme würden sich auch noch andere Fördermöglichkeiten ergeben, wie z. B. für die dringende energetische Gebäudesanierung in der Gesamtstadt. Daher werde seine Fraktion mit Begeisterung der Beschlussempfehlung zustimmen, auch weil sie es trotz der angespannten finanziellen Situation der Stadt für finanzierbar halte. Seine Fraktion vertraue hierzu den Aussagen des Kämmers mehr als den Einschätzungen der CDU-Fraktion. Zaghaftheit und Mutlosigkeit würden nicht zur Entwicklung der Stadt beitragen. Wenn man sich in der Vergangenheit so verhalten hätte, wäre Rheine R nicht durchführbar gewesen, es hätte die REGIONALE nicht gegeben und auch beim Klimaschutz würde man nicht da stehen, wo man heute stehe. Wenn man also in der Entwicklung der gesamten Stadt nicht zurückfallen wolle, dann plädiere er für die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Herr Ortel stellt fest, dass der Rat sich in einer Situation befinde, die von vielen Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet sei, womit er die finanzielle Situation der Stadt Rheine meine. Herr Lütke-meier habe heute hierzu klar Stellung bezogen. Damit befinde sich der Rat heute in einem Abwägungsprozess. Dieser sei in seiner Fraktion einstimmig ausgefallen, indem sie nämlich dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, wohl wissend, dass der Handlungsspielraum für kommende Aufgaben und Maßnahmen damit sehr stark eingeschränkt werde. Bei allen Fragwürdigkeiten, die in den finanziellen Rahmenbedingungen stecken würden, müsse man aber neben dem Inhalt des Förderkonzeptes den immensen Mehrwert sehen, der durch diese Maßnahme nicht nur für den Stadtteil, sondern für die gesamte Stadt generiert werde. Insofern sei er schon über die klare Ablehnung der CDU-Fraktion etwas enttäuscht, denn diese Ablehnung sei gleichzeitig

ein Verzicht, erhebliche Fördermittel nach Rheine zu holen. Insofern bittet er die CDU-Fraktion, ihre Haltung nochmals zu überdenken.

Abschließend macht Herr Ortel deutlich, dass die Zustimmung der Fraktion Alternative für Rheine mit den folgenden 3 Punkten unabdingbar sei, und zwar

1. mit der Zusage, dass während des Gesamtprozesses die Politik das Steuer bei jeder einzelnen Maßnahme in der Hand behalte,
2. dass Entscheidungen über Einzelprojekte in der Zuständigkeit der Ausschüsse und des Rates bleiben würden, so wie man es auch gewohnt sei,
3. und dass die Schlüsselzuweisungen passen müssten, weil nach Aussage des Kämmerers ansonsten die Maßnahme nicht in den Haushalt eingestellt werde.

Herr Holtel zeigt die geschichtliche Entwicklung des Stadtteils Dorenkamp auf, die auch Bestandteil des vorhandenen Konzepts "Soziale Stadt Dorenkamp" sei. Die in diesem Stadtteil bestehenden schwierigen Verhältnisse hätte inzwischen auch die gesamte Stadt Rheine aufgrund der finanziellen Situation erreicht. In dieser unsicheren Finanzsituation der Stadt wäre eine intensive Projektdiskussion für den Dorenkamp notwendig gewesen, um ein sinnvolles und finanziell machbares Konzept zu erarbeiten. Es komme somit nicht auf die Gesamtförderhöhe des Projektes an, sondern auf die Machbarkeit und Umsetzbarkeit. Die Diskussionen, die um den Stadtteilmanager, die Spielplatzplanung, die Schulplatzentwicklung und die Damloup-Kaserne geführt worden seien, würden seine Forderung deutlich machen. Die statistische Analyse zur sozialen Struktur im Vergleich zwischen der Gesamtstadt und dem Stadtteil Dorenkamp würden unterschiedliche Prozentwerte aufzeigen, die sich aber auch im Vergleich zu anderen Stadtteilen – wenn auch nicht in dieser Summierung – ergeben würden.

Eine intensive Diskussion im Hinblick auf den mit diesem Projekt zu erzielenden Mehrwert und eine deutliche Aussage des Kämmerers, wie er sie in der heutigen Sitzung getan habe, hätten der FDP-Fraktion in ihrem Entscheidungsprozess gefehlt. Auch die "Schiebeliste" der Verwaltung für die nächsten Haushaltsjahre würde nicht das finanzielle Problem der Stadt lösen, sondern höchstens ab dem Jahre 2016 verschärfen. Ebenso glaube er, dass der Anteil der Stadt Rheine bei dem Konzept "Soziale Stadt Dorenkamp" statt mit 3,6 Mio. € aufgrund bestehender Erfahrungswerte getrost mit 4 Mio. € angesetzt werden könne, denn man kenne derzeit weder die Preissteigerungen, noch irgendwelche Ausschreibungsergebnisse. Zu beachten sei auch der Ratsbeschluss vom 5. Oktober 2010, wonach alle Verbesserungen im städtischen Haushalt zur Konsolidierung eingesetzt werden sollten. Daher könne es nicht angehen, dass Maßnahmen zeitlich verschoben würden, um einen finanziellen Spielraum für den Dorenkamp zu bekommen. Die aktuelle Finanzsituation mit zunehmender öffentlicher Verschuldung und drohenden Bankenpleiten sollte ebenfalls ein Grund sein, den städtischen Haushalt mit erster Priorität zu sanieren und erst dann über neue Projekte nachzudenken.

All diese überwiegend finanziellen Bedenken hätten in der FDP-Fraktion dazu geführt, den Beschlussvorschlag in der heutigen Sitzung nicht mitzutragen. Seine Fraktion erwarte, dass die betroffenen Projekte intensiv auf Machbarkeit und Finanzierbarkeit überprüft würden.

Herr Mollen bedauert die eindeutige Positionierung der CDU- und FDP-Fraktion bereits im Vorfeld, sodass eine offene Diskussion mit der Bereitschaft zur Veränderung wahrscheinlich nicht zu erwarten sei. Die von beiden Fraktionen genann-

ten Argumente seien hauptsächlich wirtschaftlicher Art und durchaus nachvollziehbar. Auch die SPD-Fraktion habe in ihrer Entscheidungsfindung diese Argumente mitberücksichtigt. Sie habe aber auch in die Zukunft gesehen und sei dadurch zu einer anderen Entscheidung gekommen, wie die CDU- und FDP-Fraktion. Alle von der CDU-Fraktion genannten K.-o.-Kriterien würden auch für künftige Projekte gelten. Die Aufgabe des Rates reduziere sich dann auf die Besitzstandswahrung, was für die Entwicklung der Stadt Rheine sehr schade wäre. Der Dorenkamp sei für die SPD-Fraktion so wichtig, dass sie bereit sei, andere Projekte zeitlich um einige Jahre zu verschieben. Er gibt zu bedenken, dass auch im Falle der Ablehnung des Projektes "Soziale Stadt Dorenkamp" künftig in diesem Stadtteil Maßnahmen umzusetzen seien, wofür Kosten auf die Stadt Rheine zukämen. Daher appelliert auch er an CDU- und FDP-Fraktion, ihre Einstellung nochmals zu überdenken und die Entscheidung ggf. bis zur Durchführung einer Sonderratssitzung zu vertagen.

Herr Niehues macht deutlich, dass es bei dieser Entscheidung um eine Abwägung zwischen Chancen für den Dorenkamp und Risiken für die finanzielle Lage der Stadt Rheine insgesamt gehe. Für beide Seiten gebe es gute Argumente. Als Banker habe er aber gelernt, dass Risiken überschaubar sein müssten. In der Einschätzung des Risikos gebe es aber unterschiedliche Wahrnehmungsweisen.

Herr Niehues gibt zu bedenken, dass die mittelfristige Finanzlage der Stadt Rheine nicht klar vorhersehbar sei. Auch die Ausführungen von Herrn Lütkeemeier seien aus seiner Sicht nicht überzeugend gewesen, sie hätten vielmehr deutlich gemacht, dass nur ein Teilaspekt der Finanzlage der Stadt Rheine klar sei. Herr Lütkeemeier sehe das GFG und die erhöhten Steuereinnahmen aufgrund der guten Konjunktur als Basis für die Veränderungen der Finanzplanung. Man müsse aber auch an die bundes- und europaweiten Diskussionen denken, aufgrund der sich die Frage stelle, ob die guten Verhältnisse aufgrund der guten Konjunktur auch tatsächlich nachhaltig oder ob in naher Zukunft wieder Krisenzeiten zu erwarten seien. Selbst nach den positiven Aspekten von Herrn Lütkeemeier seien für das Jahr 2012 20 Mio. € Defizit zu erwarten und in den Folgejahren jeweils ca. 12 Mio. €. Das bedeute, die Stadt gebe nach wie vor mehr Geld aus, als sie sich leisten könne.

Auch habe Herr Lütkeemeier gesagt, dass das Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp" unter dem Aspekt der Haushaltssicherung als vertretbar erscheine. Für ihn stelle sich die Frage, ob dieses auch noch gelte bei den zu erwartenden Defiziten für die Zukunft, denn auch zeitlich zu verschiebende Investitionsmaßnahmen würden nicht auf Dauer gestrichen.

Der entscheidende Unterschied liege darin, dass Herr Lütkeemeier auf die Finanzplanung abstelle und alle anderen Risiken nicht bei seiner Finanzplanung berücksichtige. Er verweist dazu auf die von Herrn Bonk in seinem Bericht angeführten Warnsignale. Bei der Abwägung zwischen Gewerbeflächenentwicklung und bestimmten Maßnahmen im Stadtteil Dorenkamp spreche er, Niehues, sich für die Gewerbeflächenentwicklung aus, denn Stillstand in der Gewerbeflächenentwicklung wäre ein Rückgang für die gesamte Stadt Rheine. Auch der zusätzliche Feuerwehrstandort im Gebiet Rheine rechts der Ems sei aus Sicherheitsaspekten höher zu bewerten, als bestimmte Maßnahmen im Bereich Dorenkamp.

Er habe kein Verständnis dafür, dass die Verwaltung nicht von sich aus das Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp" auf ein machbares Maß reduziert habe. Natürlich

nehme auch die CDU-Fraktion gerne Fördermittel in Anspruch, erst recht dann, wenn sie privaten Investoren zugute kämen. Wenn aber das Gesamtprojekt ein Volumen erreiche, dass die finanzielle Situation der Stadt Rheine gefährden könnte, dann wäre es doch nur klug gewesen, das Projekt auf das notwendigste Maß zu reduzieren. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Menschen in der Stadt Verständnis dafür hätten, wenn vor dem Aspekt einer Steuererhöhung der Elisabeth-Kirmesplatz umgebaut würde oder dass gerade jetzt eine ökologische Umgestaltung eines Schulhofes erforderlich werde oder die Damloup-Kaserne erworben werden solle, wenn dieses auch noch in 5 Jahren möglich wäre.

Wenn die Verwaltung bereit sei, gemeinsam mit dem Rat in einer Arbeitsgruppe über ein einvernehmlich reduziertes Konzept nachzudenken, dann wäre die CDU-Fraktion bereit, nochmals im Rahmen einer Sonderratssitzung über das Projekt zu entscheiden.

Herr Reiske hält die von Herrn Niehues geäußerten Bedenken für überzogen. Er gibt zu bedenken, dass mit der Zustimmung zum Beschlussvorschlag ein Prozess ausgelöst werde, der durch den Rat gestaltet und zu jeder Zeit geändert werden könne. Insofern plädiert Herr Reiske dafür, in der heutigen Ratssitzung den Beschluss zu Ziffer 1 und 2 der Vorlage zu fassen, damit die Verwaltung die Fördermittel akquirieren könne.

Herr Ortel merkt an, bei einem Abwägungsprozess komme es darauf an, was man in die Waagschale lege. Die CDU-Fraktion lege auf der einen Seite alle erwägbaren Risiken, die dann gegenüber den mit der Maßnahme verbundenen Chancen und Möglichkeiten ein Übergewicht erhalten. Die von der CDU- und FDP-Fraktion vorgetragene Risiken würden auch für alle anderen künftigen Investitionsmaßnahmen gelten, auch für die, für die die Stadt keine Fördermittel bekomme.

Herr Roscher erinnert daran, dass der Rat bereits im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung die angedachte Steuererhöhung zur Kenntnis genommen habe. Diese sei unabhängig von dem Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp" zu sehen, auch wenn die Entscheidung erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen getroffen werde.

Alle Fraktionen seien sich bei der Einschätzung der finanziellen Situation der Stadt Rheine einig. Grund für die schlechte Finanzlage seien die galoppierenden Sozialkosten. Diese könnten durch die in die Zukunft gerichteten Investitionen im Bereich Dorenkamp reduziert werden.

Ferner erinnert Herr Roscher auf das vom Bund im Jahre 2008 aufgestellte Konjunkturförderprogramm, was sich für Deutschland sehr positiv ausgewirkt habe. Das Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp" sei nichts anderes als ein Konjunkturprogramm für die Stadt Rheine, um die hier herrschenden Gegebenheiten besser gestalten zu können. Wenn das Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp" nicht durchgeführt werde, gebe es auch keine Chance, in absehbarer Zeit das Areal der Damloup-Kaserne mit entsprechenden Fördermitteln zu entwickeln.

Frau Helmes erinnert an die Durchführung der REGIONALE. Hierzu sei seinerzeit ein Arbeitskreis gebildet worden, der unter dem finanziellen Aspekt alle Projekte hinterfragt und das Gesamtkonzept abgespeckt habe. Der Unterschied zur heutigen Situation bestehe darin, dass es der Stadt seinerzeit finanziell noch erheblich besser gegangen sei als heute. Selbstverständlich sehe die CDU-Fraktion auch die Interessen des Mittelstandes an ein Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp". Man

müsse aber auch sehen, dass viele andere wichtige Maßnahmen aufgrund der finanziellen Situation zeitlich verschoben werden müssten. Auch müssten voraussichtlich Einschnitte im ehrenamtlichen Engagement der Bürgerschaft vorgenommen werden. Hierfür werde der Rat und nicht die Verwaltung in der Öffentlichkeit verantwortlich gemacht. Selbstverständlich habe das Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp" einen Mehrwert. Dieser rechtfertige aber nicht die drastische Verschlechterung der Finanzsituation bei der Stadt, denn schließlich müsste auch der nächste Rat der Stadt Gestaltungsspielräume behalten.

Herr Reiske entgegnet, dass auch für die Projekte in der Vergangenheit nie Geld zur Verfügung gestanden habe. Gerade für den Dorenkamp sei dieses Projekt so wichtig, um dort Optionen für junge Menschen und junge Familien zu schaffen. Insofern könne es nicht angehen, dass in der heutigen Ratssitzung eine einmalige Chance für diesen Stadtteil durch Abstimmung zunichtegemacht werde. Er gibt zu bedenken, wie viel Zeit und Geld schon geflossen seien.

Frau Dr. Kordfelder stellt nochmals heraus, dass die Verwaltung mit diesem Projekt einen Vorschlag erarbeitet habe, wie Herr Niehues ihn seinerzeit noch als Vorsitzender der CDU-Fraktion von der Verwaltung erwartet habe, als er sie aufgefordert habe, mehr EU-Fördermittel zu generieren. Um EU-Mittel zu erhalten, müssten die entsprechenden Maßnahmen aber immer komplementär finanziert werden. Nach 2-jähriger intensiver Vorbereitung habe die Verwaltung nun einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, der mehr als nur eine Investition in Steine sei. Das Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp" sei eine Investition in Menschen. Hierfür würden Rat und Verwaltung gemeinsam die Verantwortung tragen. Insofern wünsche sie sich von der CDU-Fraktion Mut und Zuversicht, damit die Stadt Rheine sich weiter entwickeln könne. Auch die Sozialpolitiker der verschiedenen Fraktionen, die sich bei dieser Diskussion sehr zurückgehalten hätten, wüssten, dass Prävention das einzige Mittel sei, damit die Kosten für Sozialhilfe nicht explodieren würden. Insofern sei dieses Projekt die Basis, um hier vorbeugend anzusetzen. Daher bittet sie die Vertreter der Fraktionen, mit Mut und Zuversicht die Hürde für diese Entscheidung zu nehmen. Sie gibt noch einmal zu bedenken, dass, wenn die Damloup-Kaserne aus dem Projekt herausgerechnet würde, man nur noch von einer Eigenbeteiligung in Höhe von 400.000,00 bis 500.000,00 € verteilt auf 4 Jahre ausgehen könne.

Aufgrund der Rückmeldungen aus den Fraktionen war Herrn Kuhlmann klar, dass die Ratsmehrheit mit dem Umfang des Förderpaketes große Schwierigkeiten haben werde. Aus diesem Grunde habe er heute noch Kontakt mit dem Ministerium aufgenommen und sich erkundigt, ob es eine Möglichkeit gäbe, das Projekt "Soziale Stadt Dorenkamp" in einer vereinfachten Version zu reduzierten Komplementärmitteln durchzuführen. Ergebnis dieses Gespräches sei gewesen, dass das Ministerium die Fraktionsvorsitzenden und Vertreter der Verwaltung am 19. Oktober 2011 zu einem gemeinsamen Gesprächstermin nach Düsseldorf einlade, um dort gemeinsam festzulegen, welche Projekte umgesetzt werden müssten, um eine Förderung zu erhalten. Das Ministerium erwarte dann bis abends eine in den Fraktionen abgestimmte Entscheidung. Dieses müsse dann abgesichert sein, damit keine Sonderratssitzung mehr erforderlich werde. Das Ministerium sei zu diesem außergewöhnlichen Schritt bereit gewesen, weil das Projekt so gut sei, dass es unbedingt gefördert und umgesetzt werden solle.

Herr Ortel stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung jetzt nach Abhandlung des Tagesordnungspunktes "Einwohnerfragestunde" für eine kurze fraktionsinterne Beratung zu unterbrechen.

Auf Frage von Frau Dr. Kordfelder spricht sich der Rat einstimmig für diesen Vorschlag aus.

## **11. Einwohnerfragestunde**

I 2:17:50

Da es inzwischen 19:25 Uhr ist, ruft Frau Dr. Kordfelder den Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

-----

Um 19:25 Uhr unterbricht Frau Dr. Kordfelder die Ratssitzung für fraktionsinterne Abstimmungsgespräche zu TOP 10 und setzt anschließend die Sitzung um 19:55 Uhr fort.

-----

## **10. Integriertes Handlungskonzept Dorenkamp**

II 0:00:00

Fortsetzung der Beratungen zu TOP 10 nach der Sitzungsunterbrechung.

Alle Fraktionen sprechen sich dafür aus, auf eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung zu verzichten und stattdessen das von Herrn Kuhlmann unterbreitete Angebot des Ministeriums zu einem gemeinsamen Besuch am 19. Oktober 2011 anzunehmen, um weitere Klärungsprozesse in dieser Angelegenheit herbeizuführen.

## **12. Ausweisung von Windvorranggebieten aus stadtentwicklungspolitischer Sicht Vorlage: 361/11**

II 0:03:30

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Ergänzungsvorlage.

Herr Kuhlmann erklärt, dass diese Ergänzungsvorlage aufgrund eines Presseberichtes vom 7. Oktober 2011 erforderlich geworden sei, weil hierdurch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden sei, dass nur Ortsansässige in dem Verfahren unterstützt würden. Dem sei aber nicht so. Insofern bitte er, die E-Vorlage bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Herr Hagemeier verweist auf ein Schreiben von verängstigten Bürgern aus dem Außenbereich an die Bürgermeisterin, in dem diese ihre Ängste zum Ausdruck bringen würden, dass durch Windanlagen die Wohnqualität im Außenbereich negativ beeinträchtigt werden könnte. Herr Hagemeier bittet die Verwaltung, bei der Standortsuche die gesetzlichen Abstandsflächen zur Bebauung genauestens einzuhalten, was Frau Dr. Kordfelder auch zusagt.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt auf Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses die Verwaltung, Windpotenzialflächen (mögliche neue Konzentrationszonen für Windkraftanlagen) im Stadtgebiet aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Dr. Schulte-de Groot weist darauf hin, dass die Stadtwerke inzwischen den Kontakt zur Landwirtschaft wieder aufgenommen haben. Auf Kreisebene sollten Leitlinien für sog. Windvorranggebiete vorgeschlagen werden. Dieses sei auch Thema der letzten HVB-Konferenz gewesen. Auch die Situation in Rheine mit dem Windpark in Altenrheine sei dabei besprochen worden.

Ferner merkt Herr Dr. Schulte-de Groot an, dass er soeben auch mit der Geschäftsführung des Windparks Altenrheine, die in der Ratssitzung anwesend sei, gesprochen habe. Es sei vereinbart worden, sich zu einem gemeinsamen Gespräch noch vor den Herbstferien zu treffen, um möglichst auf Augenhöhe das bestehende Modell weiterentwickeln zu können. Dazu werde ein gemeinsames Papier entwickelt, das anschließend auch gemeinsam vorgestellt werden solle. Insofern werde der ursprünglich anberaumte Termin für den 27. Oktober 2011 nicht eingehalten werden können.

**13. Bäderkonzept 2020  
Vorlage: 366/11**

II 0:09:05

Nachdem Herr Dr. Schulte-de Groot die Vorlage erläutert hat, erklärt Herr Reiske, dass seine Fraktion sich für ein Bürgerbad am jetzigen Standort des Freibades am Stadtpark ausspreche, und zwar mit einem sportlichen Teil, einem Freizeit- und Wellnessbereich. Hierzu rege er an, die Begründung unter Ziffer 4.2 der Vorlagenbegründung zeitlich näher zu bestimmen, indem das Wörtchen "dann" hinter dem zweiten Spiegelstrich zu Ziffer 4.2 ersetzt werde durch "bis 2015". Auch hinter dem dritten Spiegelstrich sollten die Worte "erst anschließend" ersetzt werden durch "ab 2016". Nur so komme man zu einer klaren zeitlichen Vorgabe.

Herr Mollen erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Aus Sicht der Schulen und Vereine gebe es keine Alternative zum Kombi-Bad an der Kopernikusstraße. Der Standort in Bentlage müsse dann ggf. über einen privaten Investor verwirklicht werden, weil auch der Weg von den Schulen nach Bentlage für die Schüler zu weit sei.

Die SPD-Fraktion bitte darum, bei der späteren Rückführung der bestehenden Hallenbäder, insbesondere bei dem Hallenbad in Mesum, darüber nachzudenken, ob eine Übernahme ggf. durch die Sportvereine möglich sei.

Herr Niehues begrüßt das gemeinsame Vorgehen der Stadtwerke und der EWG bezüglich des Bäderkonzeptes in Rheine. Wichtig sei dabei, dass der politische Wille des Rates erkennbar werde, wonach man sich mittelfristig von den bestehenden Bädern in Rheine verabschieden wolle und für ca. 2020 ein Kombi-Bad am jetzigen Standort des Freibades vorstellen könne und dass man Perspektiven für ein weiteres Bad zur Gesundheitsförderung und Wellness im Bereich Bentlage sehe.

Den von Herrn Reiske gewünschten differenzierten zeitlichen Bedarf zur Umsetzung dieser Maßnahmen sehe er nicht, zumal sich dieser auch noch aus der Vorlage auf S. 7 ergebe. Im Übrigen ergäbe die Differenzierung auch keinen Sinn, weil man die Entwicklung nicht vorhersehen könne. Vielmehr gehe es heute um die Perspektiven und nicht um die Zeitplanung.

Herr Dr. Schulte-de Groot verweist bezüglich des Antrages von Herrn Reiske auf Seite 7 der Vorlage, wo unter dem zweiten Spiegelstrich der Ziffer 3 geschrieben stehe, dass frühzeitig (ab 2016) die Planungen für ein modernes Kombi-Bad am Standort Stadtpark aufzunehmen seien.

Ein Problem habe er allerdings mit dem Antrag von Herrn Mollen, denn wenn die Planungen für das Kombi-Bad aufgenommen würden, müsse vorher feststehen, ob die beiden derzeitigen Hallenbäder, egal unter welcher Trägerschaft, weiterbetrieben werden sollten oder nicht, denn dieses habe Auswirkungen auf die Dimensionierung des neuen Kombi-Bades. Im Übrigen gelte dieses auch für die Entwicklung des Bades in Bentlage.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass beide Anträge nicht Bestandteil des Beschlussvorschlages seien, aber dennoch bei der weiteren Planung berücksichtigt werden könnten.

Herr Holtel plädiert dafür, sich bei der Planung des Bäderkonzeptes keinen zu engen Rahmen zu setzen, denn man könne die weiteren Entwicklungen in Rheine nicht vorhersehen. Die in der Vorlage dargelegten Perspektiven seien nachvollziehbar und würden seitens der FDP-Fraktion auch unterstützt.

Herr Wilp verdeutlicht nochmals, dass die EWG und die Stadtwerke regelmäßig über die Entwicklung des Bäderkonzeptes in ihren Aufsichtsräten informieren würden. Wenn sich dann eine neue Situation ergebe, könne man schnell entsprechend handeln und neue Beschlüsse herbeiführen.

Herr Reiske legt nach wie vor großen Wert darauf, dass die Stadtwerke ab 2016 mit der Planung für das Kombi-Bad am Stadtpark beginnen. Dieses sei eine Voraussetzung für die Zustimmung in der heutigen Sitzung.

In seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Stadtwerke sichert Herr Dr. Schulte-de Groot Herrn Reiske zu, dass spätestens 2016 mit der Planung begonnen werde.

Herr Brinkmann weist ergänzend darauf hin, dass der Aufsichtsrat zu jeder Zeit das weitere Verfahren steuern könne.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, das dargestellte Bäderkonzept in einer Zielperspektive bis 2020 zu entwickeln. Einer schrittweisen Umsetzung der Konzeption(en) in Abstimmung mit den zuständigen Gremien wird zugestimmt. EWG und Stadtwerke berichten regelmäßig in ihren Aufsichtsräten über den Fortgang der Verfahren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Neufassung der Haushaltssatzung der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 367/11**

II 0:23:25

Herr Reiske erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heute ebenso wenig wie in der Sitzung am 12. April 2011 dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Auf Frage von Herrn Niehues erklärt Herr Lütkeemeier, dass der Rat mit seinem heutigen Beschluss zu Ziffer 4 des Beschlussvorschlages keine Entscheidung über eine Steuererhöhung treffe, denn dieses habe separat über eine eigenständige Satzung zu erfolgen.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Rheine hebt die am 12. April 2011 beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 auf.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, die sich aufgrund des Berichtswesens für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen – ergebenden Veränderungen – Anlage 1 der Vorlage - in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.
3. Der Rat der Stadt Rheine beschließt gemäß §§ 78 – 80 Gemeindeordnung die als Anlage 2 der Vorlage beigefügte Neufassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich der Anlagen in der Fassung der am 12. April 2011 vom Rat beschlossenen Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der unter Punkt 2 vorgeschlagenen Veränderungen.
4. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die angepasste mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (§ 84 GO).

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen

**15. Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009  
Vorlage: 372/11**

II 0:24:45

Herr Wullkotte verweist auf den Anhang zur Vorlage, in dem in der gelb hinterlegten Zeile auf Seite 282 noch eine Korrektur vorgenommen werden müsse, die bei der Beratung des Jahresabschlusses im Rechnungsprüfungsausschuss noch zu berücksichtigen sei.

Anschließend erläutert er die wichtigsten Eckpunkte des Jahresabschlusses 2009 anhand der als Anlage 5 dieser Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2009 zur Kenntnis und leitet ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weiter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Prüfung einer Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011  
Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vom 24.05.2011  
Vorlage: 267/11/2**

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

**17. Aufhebung des kw - Vermerkes für die Stelle 2246 "Leistungsgewährung nach dem SGB XII" im Fachbereich 2  
Vorlage: 212/11**

II 0:31:20

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Sozialausschusses und nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, den kw - Vermerk für die Stelle 2246 „Leistungsgewährung nach dem SGB XII“ im Fachbereich 2 zum 01.08.2011 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle  
1100/Produktverantwortliche/r im Fachbereich 1  
Vorlage: 261/11**

II 0:32:05

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Schulausschusses und nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, den kw-Vermerk für die Stelle 1100/Produktverantwortliche/r Schulverwaltung im Fachbereich 1 zum 01.07.2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle Nr. 0200 "Leiter  
des Pressereferates der Stadt Rheine (Pressereferent)"  
Vorlage: 316/11/1**

II 0:32:45

Frau Dr. Kordfelder erinnert an die Vorberatung dieses Tagesordnungspunktes in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13. September 2011. Hierzu hätten sich Anfragen und Konkretisierungswünsche ergeben. Diese hätten zu der Ergänzungsvorlage geführt, mit der die Verwaltung dem Rat vorschläge, eine A-12-Stelle aus dem Bereich "Unterstützung der Bürgermeisterin" anstelle der Stelle des Pressereferenten mit einem kw-Vermerk zu versehen. Dadurch könne der Rat die gewünschten finanziellen Einsparungen im Personalbereich in vollem Umfang realisieren. Sie gebe jedoch zu bedenken, dass mit dem Weggang von Herrn Weber aus Altersgründen ohnehin erhebliche Reduzierungen sowohl im Bereich des Pressereferats als auch im Sonderbereich 0 "Unterstützung der Bürgermeisterin" erfolgen würden, denn Herr Weber habe über sein eigentliches Stundenkontingent hinaus Arbeit geleistet. Damit auch der/die künftige Stelleninhaber(in) die Bezeichnung "Leiter(in) des Pressereferates" tragen könne, bitte sie den Rat, den kw-Vermerk für die Stelle des Pressereferenten zu streichen und stattdessen die Stelle 0116 mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Herr Dewenter unterstreicht die Ausführungen von Frau Dr. Kordfelder zu Herrn Weber, macht aber deutlich, dass es hierbei nicht um Herrn Weber, sondern um die Stelle des Pressereferenten gehe. Die CDU-Fraktion habe ihre Meinung auch aufgrund der zugestellten Ergänzungsvorlage zu der Stelle des Pressereferenten nicht geändert. Die E-Vorlage sei aus Sicht der CDU-Fraktion nicht schlüssig. Aus diesem Grunde habe er auch per E-Mail 3 Fragen an Herrn Hermeling gerichtet, der sich daraufhin unverzüglich mit ihm telefonisch in Verbindung gesetzt und eine schriftliche Antwort bis zum gestrigen Mittag zugesagt habe. In seiner E-Mail habe er Herrn Hermeling die Fragen gestellt, wie die Stellenbeschreibung der Planstelle 0116, für die seitens der Verwaltung der kw-Vermerk vorgeschlagen werde, bezüglich Aufgaben und Verantwortung aussehe. Da in der Begründung der Vorlage unter Ziffer 3 Aufgaben aufgeführt seien, die in der der CDU-Fraktion

vorliegenden Zuständigkeitsregelung dem Pressereferat zuzuordnen seien, habe er weiter gefragt, ob die Planstelle 0116 bereits dem Pressereferat zugehörig sei. Die letzte Frage sei gewesen, wer zz. auf dieser Planstelle geführt werde.

Am Montag habe Herr Hermeling dann auf diese Fragen per E-Mail geantwortet, indem er sich zunächst auf das geführte Telefonat bezogen und dann weiter mitgeteilt habe, dass nach Rücksprache mit der Bürgermeisterin alle entscheidungsrelevanten Faktoren in den Vorlagen 316/11 und 316/11/1 enthalten seien. Diese Antwort sei eine Brückierung und für die anstehende Beratung nicht zielführend gewesen. Auch aus diesem Grunde bleibe die CDU-Fraktion bei ihrer Entscheidung, den kw-Vermerk für den Pressereferenten nicht aufzuheben.

Frau Dr. Kordfelder stellt unabhängig davon, dass sie seitens der CDU-Fraktion keine andere Stellungnahme erwartet habe, klar, dass aufgrund der geführten Gespräche seitens der CDU-Fraktion von der Bürgermeisterin erwartet worden sei, dass sie eine Stelle in ihrem Bereich streiche und damit Einsparungen im Personalbudget generiere. Sie habe am Donnerstag bzw. am Freitag mit allen Fraktionen telefonisch Kontakt aufgenommen, um die Ergänzungsvorlage zu erörtern. Dabei habe sie auch Herrn Dewenter erklärt, wer zz. diese Stelle besetze, wie die künftige Konstellation aussehen werde, welche Aufgaben die Stelle 0116 beinhalte und wie die Einsparungsvorschläge sich finanziell darstellen würden. Die gleichen Aussagen seien auch in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung nochmals gemacht worden. Mehr könne sie nicht tun, sodass sie den Vorwurf von Herrn Dewenter auch entsprechend zurückweise.

Herr Hermeling erläutert, dass er auf einer Veranstaltung in Hannover eine E-Mail von Herrn Dewenter wahrgenommen habe, in der er mitgeteilt habe, dass er, Dewenter, ihn telefonisch nicht hätte erreichen können und daher per E-Mail um eine Beantwortung der 3 genannten Fragen bäte. Daraufhin habe er, Hermeling, Herrn Dewenter eine halbe Stunde später angerufen und ihm in diesem Telefonat alle 3 Fragen mündlich beantwortet. Abschließend sei vereinbart worden, dass er am Montag nochmals mit der Bürgermeisterin sprechen wolle, ob darüber hinaus bis Montagmittag noch schriftliche Unterlagen nachgereicht werden sollten. Herr Hermeling stellt abschließend fest, dass Herr Dewenter sehr wohl die Antworten auf diese 3 Fragen erhalten habe, und weist insofern die Vorwürfe von Herrn Dewenter in aller Deutlichkeit zurück.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass sie vor geraumer Zeit noch in einem 2-stündigen Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden über den kw-Vermerk an der Stelle des Pressereferenten gesprochen habe, in dem alle Aspekte dargelegt worden seien. Sie sei in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13. September 2011 davon ausgegangen, dass aufgrund dieses Gespräches alle Fraktionen der Aufhebung des kw-Vermerkes zustimmen würden. Seitens der CDU-Fraktion sei vor der letzten HFA-Sitzung auch keinerlei Signal gekommen, in welches "offene Messer" sie die Bürgermeisterin laufen lassen würde. Sie gehe davon aus, dass es der CDU-Fraktion in diesem Falle nicht darum gehe, eine Stelle abzubauen und das Personalbudget entsprechend zu entlasten, denn dann hätte man zumindest der Ergänzungsvorlage zustimmen können.

Herr Dewenter bezieht sich auf die Aussage von Herrn Hermeling und merkt an, dass er, Hermeling, in dem Telefongespräch auch noch eine andere Überlegung angedeutet habe, die er aber noch im Vorfeld mit der Bürgermeisterin hätte absprechen und dann ggf. in einer Ergänzungsvorlage hätte darlegen wollen.

Herr Hermeling bestätigt diese Aussage und weist darauf hin, dass er genau das Ergebnis dieses Gespräches mit der Bürgermeisterin über diese Überlegung Herrn Dewenter in der angesprochenen E-Mail mitgeteilt habe, wonach alle entscheidungsrelevanten Faktoren in den beiden Vorlagen enthalten seien. Dieses habe er vor dem Hintergrund geschrieben, dass die 3 gestellten Fragen von ihm bereits telefonisch beantwortet worden seien.

Herr Roscher zeigt sich über die Kommunikationsstörung sehr verwundert. Gleichwohl sei die SPD-Fraktion davon überzeugt, dass die Verwaltung mit der Ergänzungsvorlage der CDU-Fraktion weit entgegenkomme. Wenn die CDU-Fraktion dennoch bei ihrer Auffassung bleibe, den kw-Vermerk nicht aufzuheben, und die Aufgaben im Pressereferat anders zu organisieren, dann verkenne sie die Leitungsfunktion eines Pressereferenten.

Herr Roscher kann sich nicht vorstellen, dass es Städte in der Größenordnung von Rheine gebe, die keinen Pressesprecher hätten. Durch die Auflösung einer A-12-Stelle wäre summarisch die gewünschte Personalkosteneinsparung erzielt, sodass die SPD-Fraktion der Ergänzungsvorlage zustimmen könne.

Auch Herr Reiske begrüßt den Beschlussvorschlag in der Ergänzungsvorlage, die 2 Punkte miteinander verbinde. Zum einen werde die Bedeutung der Stelle des Leiters des Pressereferates dargestellt, den seine Fraktion in Rheine auch für unverzichtbar halte, und zum anderen lege die Verwaltung mit dieser Vorlage einen Vorschlag zur Personalkostenreduzierung vor, was bekanntlich ja das Ziel des Rates sei. Insofern müsste der Rat eigentlich in Gänze dieser Vorlage zustimmen können.

Herr Ortel stellt fest, dass die Ergänzungsvorlage im Hinblick auf die Personalkosteneinsparung annähernd adäquat sei. Trotzdem habe ein kw-Vermerk eine gewisse Folgewirkung, indem nämlich die Stelle nach Ausscheiden des Stelleninhabers wegfallt. Die Bürgermeisterin habe in diesem Falle aufgrund ihrer Organisationshoheit die Möglichkeit, der Stelleninhaberin der Stelle 0116 die Aufgaben des Pressereferenten zu übertragen und den Aufgabenbereich des Pressereferates neu zu ordnen. Insofern könne er die kontroverse Diskussion nicht nachvollziehen.

Frau Dr. Kordfelder hat kein Verständnis dafür, dass sie im Falle der Streichung der A-13-Stelle aufgefordert werde, eine Mitarbeiterin nach A 12 auf diese Stelle zu setzen mit dem Ziel, 2 Monate später dem Rat einen Vorschlag zu unterbreiten, die A-12-Stelle nach Neubewertung als A-13-Stelle im Stellenplan auszuweisen. Dann könne man doch gleich die A-13-Stelle beibehalten.

Herr Mollen kann aufgrund der vorher geführten interfraktionellen Gespräche über den Wegfall von kw-Vermerken die Diskussion nicht mehr nachvollziehen. In den vergangenen Wochen und Monaten seien die meisten kw-Vermerke einvernehmlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion aufgehoben worden. Bei der Stelle des Pressereferenten gehe es um eine Stelle im unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin. Die Besetzung dieser Stelle müsse im gegenseitigen Vertrauen erfolgen. Die Zielsetzung der CDU-Fraktion sei es seinerzeit gewesen, Stellen und damit Personalkosten einzusparen. Dieses sei durch die Ergänzungsvorlage auch realisierbar. In allen interfraktionellen Gesprächen habe man sich auf ein gemeinsam getragenes Konzept geeinigt, sodass er schon darüber verwundert gewesen sei, dass die CDU-Fraktion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

ses am 13. September 2011 eine Kehrtwendung vollzogen habe. Eine Stadt mit 75.000 Einwohnern gebrauche eine verantwortliche Person im Pressereferat. Insofern komme er zu dem Ergebnis, dass es der CDU-Fraktion in diesem Falle ausschließlich darum gehe, die Bürgermeisterin und die Stadt Rheine zu schädigen, wofür die CDU-Fraktion dann aber auch die Verantwortung zu tragen habe.

Frau Dr. Kordfelder erinnert nochmals daran, dass bei dem interfraktionellen Gespräch am 21. Juli 2011 die Fraktionsvorsitzenden gefragt worden seien, ob sie sich mit dem erläuterten Verfahren einverstanden erklären könnten, weil sie in diesem Falle den Personalrat bezüglich einer Umsetzung innerhalb der Verwaltung hätte einbinden müssen. Bevor man diesen Schritt gehe und ggf. Gefahr laufe, betroffene Personen zu schädigen, habe sie die Fraktionen um ihr Einverständnis gebeten. Alle Gesprächsteilnehmer wären mit diesem Verfahren einverstanden gewesen.

Herr Dewenter und Frau Nagelschmidt widersprechen dieser Feststellung vehement, denn die Vertreter der CDU-Fraktion hätten erklärt, vor einer endgültigen Entscheidung die Fraktion noch einbinden zu wollen.

Herr Hermeling gibt abschließend zu bedenken, dass die CDU-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss gesagt habe, dass sie nicht auf die Funktion des Pressesprechers verzichten wolle. Wenn heute aber mehrheitlich der kw-Vermerk für die Stelle des Pressesprechers aufgehoben werde, dann sei die Stelle lt. den Bestimmungen der Haushaltssatzung eliminiert, denn in der Haushaltssatzung stehe, "Soweit im Stellenplan ein kw-Vermerk angebracht ist, entfällt beim altersteilzeitbedingtem Ausscheiden des Stelleninhabers die Planstelle der angegebenen Besoldungsstelle".

Auch Frau Dr. Kordfelder gibt nochmals zu bedenken, dass der Pressesprecher die Person sei, die auch für den Rat der Stadt spreche. Bei Ablehnung der Aufhebung des kw-Vermerkes eliminiere der Rat somit selbst sein eigenes Sprachmedium in die Öffentlichkeit.

Anschließend stellt Frau Dr. Kordfelder den folgenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, den kw-Vermerk für die Stelle 0200 „Leiter des Pressereferats der Stadt Rheine (Pressereferent)“ beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:            24 Ja-Stimmen  
   18 Nein-Stimmen  
   2 Stimmenthaltungen

**20. Evaluation Pilotprojekt Monitoring  
Vorlage: 381/11**

II 1:00:42

Frau Dr. Kordfelder erinnert daran, dass die Vorlage aus dem nicht öffentlichen Teil in den öffentlichen Teil der Sitzung vorgezogen worden sei. Sie bittet darum, die personengeschützten Daten in der öffentlichen Diskussion nicht zu nennen.

Anschließend erläutert Herr Dr. Janssen die Vorlage anhand der als Anlage 6 dieser Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation.

Bezug nehmend auf die in der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung gestellte Frage erklärt Frau Dr. Kordfelder, dass der Verwaltungsvorstand die Vorlage als Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates der EWG ansehe und sie insofern zum Rat durchgeleitet habe. Der Verwaltungsvorstand habe die Vorlage aber mit einem abweichenden Votum versehen. Sie erläutert hierzu, dass Monitoring unbestritten eine vernünftige und zukunftsweisende Maßnahme sei. Sie halte diese Aufgabe jedoch für ein Geschäft der laufenden Verwaltung, was auch für die Beteiligungsgesellschaften gelte. Monitoring sei insofern durch den Geschäftsführer in eigener Zuständigkeit zu organisieren. Die Kernverwaltung werde die Dienstleistung der EWG auch weiterhin gerne in Anspruch nehmen. Das abweichende Votum der Kernverwaltung beziehe sich lediglich auf die Einrichtung einer neuen Stelle, weil man der Auffassung sei, dass Monitoring im Rahmen des bei der EWG bestehenden Stellenplanes durchgeführt werden sollte.

Herr Ortel möchte wissen, ob es eine Alternativlösung für den Fall gebe, dass der Rat dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Herr Dr. Janssen schlägt vor, zunächst über den Beschlussvorschlag des Aufsichtsrates zu diskutieren und ggf. anschließend über Modifikationen nachzudenken.

Frau Dr. Kordfelder gibt zu bedenken, dass das Geld für diese Stelle in den beiden letzten Jahren aus dem Budget der Bürgermeisterin komme, das um diese 50.000,00 € jeweils gekürzt worden sei.

Herr Ortel erklärt darauf hin, dass die Fraktion Alternative für Rheine gerne dem Anliegen der EWG zustimmen werde, sehe aber aus der Vorlage und dem Vortrag keinen Anhaltspunkt dafür, eine Entfristung des Monitorings und eine Entfristung der Stelle zu beschließen.

Herr Roscher führt aus, dass die SPD-Fraktion sich sehr wohl eine unbefristete Fortsetzung des Monitorings vorstellen könne, ebenso, dass Monitoring eine Daueraufgabe bei der EWG werde, weil dort entsprechendes Fachpersonal vorhanden sei. Allerdings habe seine Fraktion Bedenken gegen die Entfristung der Personalstelle, weil die Kosten für diese Stelle im Haushaltsplan 2012 ff. nicht eingeplant seien. Vor dem Hintergrund der in der heutigen Ratssitzung geführten Diskussionen werde die SPD-Fraktion trotz guter Arbeit des bisherigen Stelleninhabers der Entfristung der Stelle unter 2 b des Beschlussvorschlages nicht zustimmen können.

Herr Reiske berichtet, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht die Notwendigkeit sehe, dass der Rat sich mit dem Thema Monitoring auseinandersetzen solle; dieses sei Aufgabe des Geschäftsführers. Es könne auch nicht sein, dass der Rat der Stadt Rheine heute weitere Mittel für eine Gesellschaft zur Verfügung stelle, die aus Sicht seiner Fraktion ohnehin schon sehr üppig ausgestattet sei. Wenn die EWG das Monitoring für so wichtig halte, dann müsse sie diese Aufgabe in der Gesellschaft durch Umschichtungen selbst sicherstellen.

Herr Holtel bezieht sich auf die Vorberatung dieses Tagesordnungspunktes im Aufsichtsrat der EWG und auf den Bericht von Herrn Dr. Janssen, insbesondere im Hinblick auf die Wertschätzung des für Monitoring zuständigen Mitarbeiters in der EWG. Er hoffe, dass der Rat aufgrund des eindeutigen Votums des Aufsichtsrates zumindest zu einem Kompromissvorschlag kommen werde trotz der angespannten finanziellen Situation der Stadt.

Auf Frage von Frau Dr. Kordfelder erklärt Herr Holtel, dass er sich als Kompromissvorschlag zumindest die Bereitstellung von 50.000,00 € für das Jahr 2012 vorstelle, damit die Arbeit weiter fortgesetzt werden könne.

Herr Niehues stellt klar, dass die 50.000,00 € für das Monitoring in den letzten beiden Jahren nicht aus dem Budget der Bürgermeisterin genommen worden seien. Vielmehr habe der Rat dieses Geld zur Verfügung gestellt, ohne dass an anderer Stelle hierfür Kürzungen im städtischen Budget vorgenommen worden seien. Die 50.000,00 € seien im Budget des Fachbereiches 4 eingestellt worden.

Weiter erinnert Herr Niehues daran, dass das Monitoring im Jahre 2009 als Pilotprojekt durch den Haupt- und Finanzausschuss in Auftrag gegeben worden sei; bis dahin sei es nicht Aufgabe der EWG gewesen. Insofern handele es sich hierbei auch nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, sondern um einen ausdrücklichen Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses, der bewusst auf 2 Jahre befristet gewesen sei. Nach Ablauf dieser Frist sei es das legitime Recht des Rates, sich hierüber eine Meinung zu bilden, denn die EWG handele immer nur im Auftrag des Rates.

Herr Niehues verweist auf den vorliegenden Empfehlungsbeschluss des Aufsichtsrates der EWG und stellt die Frage, was das abweichende Votum des Verwaltungsvorstandes zu dieser Vorlage für einen Sinn habe, wenn Mitglieder des Verwaltungsvorstandes an der Aufsichtsratssitzung teilgenommen und hierzu geschwiegen hätten.

Die CDU-Fraktion stelle in der Sache fest, dass das 2-jährige Monitoring ein durchaus erfolgreiches Pilotprojekt gewesen sei. Die Leistungen, die Herr Dr. Janssen zu Beginn des Tagesordnungspunktes vorgetragen habe, können niemand widerlegen. Daher vertrete die CDU-Fraktion die Auffassung, dass entsprechend dem Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 das Monitoring weiter durchgeführt werden solle. Allerdings werde vorgeschlagen, das Wort "unbefristet" zu streichen, weil man sich für die Dauer einer Aufgabe nicht festlegen sollte. Dass diese Aufgabe bei der EWG verbleiben solle, sei sinnvoll und nachvollziehbar. Auch aus Ziffer 2 a des Beschlussvorschlages sollten die Worte "als Daueraufgabe" gestrichen werden.

Der Rat wisse um die schwierige finanzielle Lage der Stadt. Er wisse auch, dass über den Wirtschaftsplan 2012 noch keine Entscheidung gefallen sei. Insofern sei

die Aussage, dass im Finanzplan keine Mittel hierfür enthalten seien, nicht richtig. Der Rat der Stadt beschließe immer noch den Wirtschaftsplan für das kommende Jahr. Die CDU-Fraktion möchte heute das Signal geben, dass sie sich für 2012 die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für das Monitoring in Höhe von 50.000,00 € durchaus vorstellen könne, denn das Jahr 2012 solle noch einmal dazu genutzt werden, das Einzelhandelskonzept in Rheine zu überarbeiten. Auch sei das Jahr 2012 für die Planung der Ems-Galerie entscheidend. Von daher sei es nur sinnvoll, das Monitoring für 2012 weiterzuführen, um dann von Jahr zu Jahr weiter entscheiden zu können, ob das Monitoring beibehalten werde oder nicht.

Den Beschlussvorschlag zu Ziffer 2 b sehe die CDU-Fraktion nicht als eine Entscheidung des Rates an. Hierüber müsse die EWG im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel beschließen.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, Herr Niehues könne selbstverständlich davon ausgehen, dass sie als Bürgermeisterin im Aufsichtsrat ihre abweichende Meinung zu Protokoll gegeben habe. Vor diesem Hintergrund sei auch ihre Stimmenthaltung zu diesem Beschluss im Protokoll wiedergegeben. In dem Zusammenhang habe sie auch darauf hingewiesen, dass die Haushaltsmittel für das Monitoring im städtischen Haushalt nicht zur Verfügung stünden. Da sie als Bürgermeisterin für die Gesamtverwaltung zuständig sei und sie sich insofern auch für den Gesamthaushalt verantwortlich fühle, bleibe sie bei ihrer Aussage, dass die 50.000,00 € für das Monitoring aus dem Haushalt der Kernverwaltung kämen.

Herr Niehues widerspricht dieser Feststellung aus finanzpolitischen Gründen.

Herr Ortel kann sich eine Zustimmung zu dem von Herrn Niehues modifizierten Beschlussvorschlag vorstellen. Auch wenn Monitoring eine wichtige Aufgabe der EWG für die Stadt Rheine sei, könne der Rat dennoch in einem Nebenstellenplan hierfür keine neue Stelle schaffen, erst recht nicht vor dem Hintergrund der zum vorherigen Tagesordnungspunkt getroffenen Entscheidung zur Streichung der Stelle des Pressereferenten. Insofern schlägt Herr Ortel in Ergänzung zu den Änderungen von Herrn Niehues vor, auch unter Ziffer 2 a die Buchstaben "ff." zu streichen. Es wäre weiter sinnvoll, den Beschlussvorschlag zu 2 a als 3. zu deklarieren.

Auf Wunsch von Herrn Kuhlmann unterbricht Frau Dr. Kordfelder um 21:40 Uhr die Sitzung für ein Abstimmungsgespräch zwischen den beiden Geschäftsführern der EWG und eröffnet sie um 21:50 Uhr erneut.

Herr Lütkemeier bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Niehues und verweist auf den letzten Absatz der Begründung in der Vorlage, aus dem eindeutig hervorgehe, dass die Finanzierung des vorliegenden Beschlussvorschlages nicht gesichert sei.

Herr Dr. Janssen berichtet, dass Herr Kuhlmann und er in der Sitzungsunterbrechung u. a. festgestellt hätten, dass die Stadt Rheine durch die Aktivitäten im Monitoring jährlich zwischen 20.000,00 und 25.000,00 € im Bereich der Vergabe von Gutachten spare. Darüber hinaus könne man sich vorstellen, das Monitoring nicht mehr ausschließlich für die Stadt Rheine durchzuführen, sondern es künftig auch am Markt anzubieten, um dadurch im nächsten Jahr ca. 10.000,00 € extern

zu erwirtschaften, sodass dann nur noch 40.000,00 € für diese Maßnahme bereitzustellen seien.

Herr Roscher signalisiert die grundsätzliche Zustimmung zu dem modifizierten Beschlussvorschlag. Die Zustimmung zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages erfolge aber nur unter dem Vorbehalt, dass keine städtischen Mittel zur Finanzierung der Stelle für das Monitoring im Haushalt zu erbringen seien. Dieses sollte die EWG bei ihrer Entscheidung über die Weiterbeschäftigung des Stelleninhabers bedenken.

Frau Dr. Kordfelder lässt anschließend über den von Herrn Niehues formulierten Änderungsantrag unter Berücksichtigung der Modifizierung von Herrn Ortel abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Rheine spricht sich – aufgrund der belegbaren Erfolge des zunächst auf die Jahre 2010 und 2011 befristeten Pilotprojektes – für die Weiterführung des Monitoring aus.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Stimmenthaltung

2. Das Monitoring soll wie bisher bei der EWG für Rheine mbH durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

3. Das Monitoring soll dazu im EWG Wirtschaftsplan 2012 Eingang finden.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen  
9 Nein-Stimmen  
1 Stimmenthaltung

**21. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung  
Vorlage: 343/11/1**

II 2:02:50

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt fasst auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rat der Stadt beschließt, im Planungsgebiet Rheine links der Ems 2 zusätzliche Kindertageseinrichtungen mit jeweils 4 Gruppen einzurichten.

- Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Trägerschaft für die beiden zusätzlichen Einrichtungen zu den Bedingungen aus dem Kinderbildungsgesetz und den ergangenen Durchführungsverordnungen auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**22. Zügigkeiten der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien**  
**Vorlage: 352/11**

II 2:03:35

Herr Mollen weist darauf hin, die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, weil sie der Auffassung sei, dass zunächst die Anmeldezahlen abgewartet werden sollten. Auch im vergangenen Jahr sei eine Zügigkeit bei den Schulen nicht festgelegt worden, sodass auch in diesem Jahr kein Handlungsdruck gegeben sei, zumal mit Ausnahme am Kopernikus-Gymnasium keine Probleme zu erwarten seien.

Herr Linke merkt dazu an, dass die vorgeschlagene Vorgehensweise mit den betroffenen Schulen abgestimmt sei.

**Beschluss:**

Der Rat legt auf Empfehlung des Schulausschusses für das Schuljahr 2012/13 die Zügigkeiten folgender weiterführender Schulen fest:

Don-Bosco-Hauptschule	3-Zügigkeit
Overberg-Hauptschule	3-Zügigkeit
Elsa-Brändström-Realschule	4-Zügigkeit
Fürstenberg-Realschule	3-Zügigkeit
Kopernikus-Gymnasium	5-Zügigkeit
Gymnasium Dionysianum	4-Zügigkeit
Emsland-Gymnasium	4-Zügigkeit

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen  
15 Nein-Stimmen  
2 Stimmenthaltungen

**23. StadtBus Rheine - Konzept für die Linienbündelung**  
**Vorlage: 312/11**

II 2:05:35

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine beschließt als Aufgabenträger gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz das in der Anlage zur Vorlage beigefügte Linienbündelungskonzept für den Stadtverkehr (ÖPNV).

Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufnahme des Linienbündelungskonzeptes in den Nahverkehrsplan des Kreises Steinfurt gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV Gesetz NRW umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**24. Ausbau Wesselstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 298 A, Kennwort: " Wohnpark Dutum - Teil A" Satzung über die Herstellungsmerkmale Vorlage: 308/11**

II 2:08:25

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses den Entwurf der Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der „Wesselstraße“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 298 A, Kennwort: „Wohnpark Dutum – Teil A“.

**S a t z u n g**  
**über die Herstellungsmerkmale für den**  
**Ausbau der „Wesselstraße“**  
**der Stadt Rheine**  
**vom \_\_\_\_\_**

Gem. §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV. NRW. S. 271), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 11. Oktober 2011 folgende Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der „Wesselstraße“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 298 A, Kennwort: „Wohnpark Dutum – Teil A“ erlassen:

Die o. g. Straße wird abweichend von § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Rheine über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 22. Dezember 1975 in der z. Z. geltenden Fassung endgültig hergestellt, wenn Grunderwerb und Freilegung abgeschlossen sind und sie folgende Teileinrichtungen und Herstellungsmerkmale aufweist:

**Wesselstraße mit Stichweg (Verkehrsberuhigter Bereich)**

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus

- a) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
  - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit/ohne Baumbepflanzung und mit Unterpflanzung
  - c) Parkständen mit Unterbau und einer Decke aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster
2. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **25. Widmung von Straßen**

**Vorlage: 340/11**

II 2:08:45

### **Beschluss:**

Die nachstehend aufgeführten Straßen in Rheine werden hiermit gemäß § 6 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) als Gemeindestraße im Sinne von § 3 Abs. 4 StrWG NW für die Öffentlichkeit gewidmet.

Eine Beschränkung der Widmung auf bestimmte Benutzungsarten, Benutzungszwecke oder Benutzerkreise erfolgt nicht.

Ahldeweg, Allensteiner Weg, Am Dorfplatz, Am Flaßdiek, Am Gausepohl, Am Hang, Am Hof, Am Kellersberg, Am Kleinbahnhofe, Am Stadtwalde zwischen Linger Damm und Birkenallee, Angelstraße, Asternweg, Auf der Horst, Baarentelgenstraße, Barbarastraße, Bielsteinstraße, Birkenallee zwischen Am Stadtwalde und Sandkampstraße, Birkenpilzweg, Bonifatiusstraße zwischen Am Stadtwalde und Offenbergweg, Borsigstraße, Breslauer Straße, Brunhildenweg, Buntspechtweg, Cäcilienstraße, Carl-Zeiss-Straße, Champignonweg, Cranachweg, Dahlienweg, Daimlerstraße, Danziger Straße, Diemelweg, Dinkelstraße, Disselbergstraße, Dornröschenweg, Dreikönigstraße, Dürerweg, Düsterbergstraße, Edisonstraße, Egon-Senger-Straße, Eichendorffstraße, Elpersstiege, Erich-Ollenhauer-Straße, Ewaldstraße, Feldhues Hook, Flemingstraße, Försterstraße, Fritz-Erler-Straße, Fuchsstraße, Gablonzer Weg, Gerhart-Hauptmann-Ring, Germanenallee, Gernotstraße, Gleesenweg, Gretelweg, Grüner Weg, Gudrunweg, Gustav-Heinemann-Straße, Gutenbergstraße, Habsburgerstraße, Harkortstraße, Hartmutweg, Heidackerstraße, Heidepohl, Heidhövelstraße, Heinrich-Lübke-Straße, Hesselteweg, Hirschberger Weg, Holbeinweg, Holländerstraße, Hubertusstraße, Immenweg, Isoldenweg, Jacksonring, Josef-Pieper-Weg, Juteweberstraße, Kanalstraße, Karl-Arnold-Straße, Karmannstraße, Kistemakerweg, Königsberger Straße, Körnerstraße, Kremplingweg, Kruppstraße, Langobardenring, Lippeweg, Lohorststraße, Lönsweg, Ludwig-Erhard-Straße, Lünnestraße, Magdalenenstraße, Magnolienweg, Malterstraße, Maronenweg, Mendelssohnweg, Menzelweg, Milanweg, Mohnstraße, Morsestraße, Mühlhausenweg, Nadorffs Kamp, Neißer Weg, Nethestraße, Niemannstraße, Normannenweg, Offenbergweg, Ohmstraße, Ort-

winweg, Perlpilzweg, Pfälzerweg, Pfifferlingsweg, Pirolweg, Pompeystraße, Reichenberger Weg, Rembrandtweg, Ridderstraße, Riedstraße, Rilkeweg, Rolinerstraße, Röntgenstraße, Rotkäppchenplatz, Rüdigerweg, Rudolf-Diesel-Straße, Rutestraße, Salierweg, Sandpilzweg, Scheffelstraße, Schinkelstraße, Schneewittchenweg, Schneidemühler Weg, Schoppenkamp, Schulten Sundern, Siegfriedstraße, Siepkers Kamp, Sperberweg, Stadforst, Steinburgweg, Steinpilzweg, Stiegemannstraße, Stienkamp, Tannenweg, Taubenweg, Teutonenweg, Tondernstiege, Toschlag, Trakehner Weg, Upmannstraße, Wagenfeldstraße, Waldenburger Weg, Walther-Rathenau-Straße, Wapelstraße, Weihbischof-d'Alhausstraße, Westfalenstraße, Wettinerstraße, Wienkerskamp, Wiesenstraße, Wiesmannshof, Zeisigweg, Zum Vennegroben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **26. Anfragen und Anregungen**

### **26.1. Erhalt des Standortes des Gesundheitsamtes in Rheine**

II 2:09:20

Herr Reiske bittet die Verwaltung, ein Konzept für den Erhalt des Gesundheitsamtes am Standort Rheine zu erstellen und dabei aufzuführen, welche Dienste im Gebäude für das notwendige Klientel in Rheine vorgehalten würden. Dieses Konzept solle dann dem Sozialausschuss zur Beratung vorgelegt werden, bevor dann die entsprechenden Verhandlungen mit dem Kreis aufgenommen würden.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass sie diesbezüglich mit dem Landrat schon im Gespräch stehe. Auch bei dem am 8. Oktober dieses Jahres in der Stadthalle stattgefundenen ersten Ärztekongress in Rheine habe sie sich bezüglich der regionalen Hausarztversorgung und der Angebote des Gesundheitsamtes deutlich positioniert, indem sie angemerkt habe, dass, wenn dezentralisiert werden müsse, dieses nicht in Steinfurt, sondern in der größten Stadt des Kreises, nämlich in Rheine, erfolgen müsse, damit auch die Mehrheit der Einwohner des Kreises das Angebot vor Ort nutzen könnten.

### **26.2. Wiedereinführung der Grundschulbezirksgrenzen**

II 2:11:35

Herr Reiske merkt an, dass der Schulausschuss in seiner letzten Sitzung über die Wiedereinführung der Grundschulbezirksgrenzen beraten und beschlossen habe. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stelle hiermit gem. § 3 Abs. 1 GeschO den Antrag, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächste Sitzung des Rates am 13. Dezember 2011 zu setzen, der dann die Entscheidung hierüber an sich ziehen sollte.

### **26.3. Änderung im CDU-Fraktionsvorstand**

II 2:12:10

Herr Dewenter informiert die Anwesenden darüber, dass die CDU-Fraktion turnusmäßig mit Wirkung vom 1. November 2011 einen neuen Fraktionsvorstand gewählt habe. Neuer Fraktionsvorsitzender sei Herr Udo Bonk, 1. Stellvertreter Herr Paul Jansen, 2. Stellvertreterin Frau Resi Nagelschmidt und 3. Stellvertreter Herr Stefan Gude. Fraktionsgeschäftsführer bleibe Herr Jürgen Gude.

Herr Dewenter bedankt sich bei der Verwaltung und auch den Mitgliedern der anderen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit.

Frau Dr. Kordfelder erwidert den Dank und spricht Herrn Dewenter ihren vollen Respekt dafür aus, dass er sich für dieses Amt seinerzeit hätte in die Pflicht nehmen lassen. Dem neuen Team mit Herrn Bonk an der Spitze wünsche sie alles Gute und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

#### **26.4. Unterkunft für die Polizei in Rheine**

II 2:15/20

Herr Jansen berichtet, der Landrat habe ein Konzept für die künftige Unterbringung der Polizeistation vorgelegt. Danach solle die Polizeistation in Rheine von der Gartenstraße in das Gebäude des ehemaligen Finanzbauamtes an der Humboldtstraße verlegt werden. Dieses Konzept sei vom Land in der letzten Woche abgelehnt worden, weil die Umzugskosten zu hoch seien. Wenn bis zum Ende des Jahres keine Lösung erzielt werde, werde die Polizeistation in Rheine an der Gartenstraße verbleiben müssen.

Insofern bittet Herr Jansen die Bürgermeisterin, sich für das Konzept des Landrates beim Innenministerium einzusetzen, damit in dieser Angelegenheit eine Lösung gefunden werde.

Frau Dr. Kordfelder antwortet, dass sie diese Angelegenheit u. a. schon in einem persönlichen Gespräch mit dem Innenminister besprochen habe. Inzwischen sei auch ein Schreiben des Innenministers eingetroffen, der auf die bestehende Prioritätenliste verweise, nach der der Umzug der Polizeistation Rheine nicht die höchste Priorität habe. Der Innenminister habe ihr aber zugesichert, sich persönlich nochmals hierum zu kümmern.

Herr Roscher ergänzt, dass noch ein kleiner Funke Hoffnung bestehe, wenn der Umzug kostenneutral erfolgen könne. Daher sei die Kreispolizeibehörde gefordert, bis Ende des Jahres das Konzept nochmals zu überarbeiten. Vielleicht könne mit dem Verkauf des Gebäudes an der Gartenstraße der Umzug finanziert werden.

**Ende des öffentlichen Teils: 21:15 Uhr**

---

Dr. Angelika Kordfelder  
Bürgermeisterin

---

Theo Elfert  
Schriftführer

